

## **Mitgliederversammlung am 22.04.2015**

### **TOP 5 Bericht des 1. Vorsitzenden**

Am Anfang des Berichtes gedenken wir unserer verstorbenen Mitglieder seit der letzten Versammlung. Bitte erheben Sie sich von den Plätzen

Verstorben sind:

Hermann Dechow

Astrid Eilers

Rolf Koch

Hans Ramsperger

Manfred Thiessen Kitt

Ute Wolfensperger

Rolf Gassmann

Edith Klitzsch

Wir gedenken in Trauer der Verstorbenen, und sind ihnen für ihr Mitwirken im BS dankbar.

Dies gilt vor allem auch für Astrid Eilers, Gründungsmitglied des Bürgersinns, die uns immer mit Rat und Tat beigestanden hat und deren Verlust unersetzlich ist, nicht nur für den Bürgersinn, sondern für die ganze Stadt. Den Hinterbliebenen habe ich unser Beileid ausgesprochen. Ich danke Ihnen

Zum Bericht:

In dem erwähnten Zeitraum hatten wir

7 Vorstandssitzungen

2 Beiratssitzungen

3 Stammtische

abgehalten.

Die Stammtische haben wir etwas stiefmütterlich behandelt, sie sind aber ein wichtiger Beitrag zur Kommunikation mit den Mitgliedern. Der Vorstand sollte anstreben, wieder jedes Quartal einen anzubieten.

Der Vorstand hat außerdem Bürgermeister Längin und dem Chef der Kur- und Touristik Herrn Jankowiak Besuche abgestattet. Ziel war es, sich besser kennen zu lernen und eine Vertrauensbasis zu schaffen. Beide Besuche verliefen in angenehmer Atmosphäre.

Unseren Mitgliedern konnten wir den kostenlosen Besuch dreier Kunstausstellungen anbieten:

Enthüllungen von Zürn bis Feuchtmayer von Spitzweg bis heute

Adolf Stockmayr, "Suche nach dem Elderado"

Hans Fähnle „Landschaften am See“

Alle stießen auf großes Interesse der Teilnehmer. Wir danken Dr. Brunner, dass er dies ermöglichte.

## **Landesgartenschau**

Wichtigstes Thema war und wird weiter sein: die Landesgartenschau. Nachdem die Mehrheit der Bürger mit 53 % dafür waren, wird die Landesgartenschau abgehalten **und der Bürgersinn akzeptiert natürlich das Votum der Wähler.**

Aber wir bleiben grundsätzlich skeptisch, was dieses Event Überlingen schlussendlich bringen wird. Schon jetzt sind eine Reihe unserer Befürchtungen eingetreten. So wird die Verschuldung der Stadt nicht nur bei 43 Mio. € liegen, sondern 50 Mio. € betragen. Es gibt es Pläne, die Grundsteuer wie voraus gesagt, 2016 zu erhöhen und gleich um 20%, und es gibt weitere Gebührenerhöhungen wie z.B. die für den Kindergarten. Der Haushalt 2015 und die der folgenden Jahre werden zu massiven Ausgabenkürzungen führen. Es besteht die Gefahr, dass viele Kulturaktivitäten gestrichen werden, die Überlingen bisher positiv bekannt gemacht und es aus einer Provinzstadt herausgehoben haben. Damit hätten wir allerdings nicht in den schlimmsten Alpträumen gerechnet. Auch wird die B31 neu bis zur LGS nicht zur Verfügung stehen. Damit ist ein Verkehrschaos vorprogrammiert.

Eine Ironie des Schicksals ist es, liebe Freunde, dass wir der Stadt die Landesgartenschau erst ermöglicht haben, weil wir gegen ein geplantes Luxushotel auf dem Grafschen Gelände Sturm gelaufen sind, und dieses Projekt dann nicht realisiert wurde. So steht es nun der LGS zur Verfügung, auch wenn wir das Gelände zu klein für eine solche Schau halten. Wenn auch der Bürgersinn das Ergebnis des Bürgerentscheids akzeptiert, kann uns das nicht hindern, einzelne Projekte kritisch zu hinterfragen. So haben wir gefordert, dass beim Parkhaus mehrere - möglichst alle Stockwerke - unter die Erde gelegt werden, damit dort nicht ein Koloss von 11 m Höhe entsteht, den die Überlinger weit über die LGS hinaus ertragen müssten. Viele können sich die Dimensionen noch gar nicht vorstellen. Übrigens kostet das Parkhaus nach dem jetzigen Baukostenziel 7,2 Mio. €. Trickreich wurde die Durchführung an die Stadtwerke vergeben, so dass der städtische Haushalt nicht direkt belastet wird, wohl aber die Tochter der Stadt. Auch ein Pflanzenhaus direkt am See zwischen Therme und Haus des Gastes darf u. E nicht 2 Mio. € kosten. Wir haben uns für eine wesentlich einfachere Ausführung ausgesprochen. Die niedrigen Ausgaben sollten besser in ein erträglicheres Parkhaus fließen.

## **Bürgerbeteiligung**

In einem intensiven Dialog haben wir der Stadt unsere Auffassungen von Bürgerbeteiligung dargelegt und Verfahrensschritte zur Umsetzung vorgeschlagen. Dies sollte unser Beitrag zur LGS sein, der wir so wie die Dinge nun einmal sind, Erfolg wünschen, denn sonst leiden wir alle darunter. Zur Bürgerbeteiligung gehören aber nicht nur Leserbriefe und Beteiligungen an öffentlichen Diskussionen, sondern vor allem auch die zum Teil heftige Korrespondenz mit der Verwaltungsspitze im Juni/Juli 2014, die Sie in unserer Homepage nachlesen können.

Die Themen, die aus unserer Sicht einer öffentlichen Debatte in Arbeitsgruppen bedürfen, sind

- Erhaltung und Neugestaltung des Campingplatzes
- Ausgestaltung des Bürgerparks und seine Anbindung nach Norden
- Ausbildung der neuen Uferzone mit weitgehender Erhaltung der Mauer
- Standort und Gestaltung des Kakteenhauses incl. Veranstaltung mit J. Raff am 13.11.2014
- Tieferlegung des Therme-Parkhauses
- Verkehrsplanung (unter besonderer Beachtung der Goldbacher Bevölkerung.

Das Ergebnis ist niederschmetternd. Immer wieder wurde von der Stadt auf die bereits durchgeführten oder noch geplanten Informationsveranstaltungen verwiesen. Das entspricht nicht unserer Auffassung von Bürgerbeteiligung. Es geht um aktive Mitgestaltung und nicht darum, wie man sich als Helfer bei organisatorischen Maßnahmen wie Kartenverkauf oder ehrenamtliche Aufsicht einbringt.

Am 14. März dieses Jahres gab es eine Vorstellung des „Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes ISEK“. Dieses ist Voraussetzung für die Förderung von Vorhaben zur Verbesserung des Wohnumfeldes sowie des Freizeit- und Arbeitsstandortes Überlingen durch das Land. Die Veranstaltung wurde aus unerklärlichen Gründen so kurzfristig anberaumt, dass nur ca. 50 Personen kamen. Auch hier wurde die Forderung nach enger Einbindung der Bürgerschaft in die kommunalen Planungen allgemein, vor allem aber auch bei der LGS von den Teilnehmern deutlich artikuliert. Wir müssen feststellen, dass Überlingen mit Bürgerbeteiligung nicht weiter gekommen ist. Nach wie vor fallen die Beschlüsse hinter verschlossenen Türen, wie sich aus dem aktuellen Planungsstand anlässlich der offenen Tür bei der Landesgartenschau GmbH deutlich gezeigt hat.

Es stellt sich jetzt die Frage, ob diese Themen für eine öffentliche Beteiligung an der LGS nochmals mit Nachdruck der Stadt vorgetragen werden sollten mit dem Ziel, die Einbindung der Bevölkerung sozusagen in letzter Minute doch noch umzusetzen. Viel Erfolg erwarte ich mir davon freilich nicht. Aber man könnte die Diskrepanz zwischen Darstellung der Stadt und Realität nochmals herausstellen.

Hierzu bitte ich schon jetzt um Wortmeldungen. Zu den anderen Punkten wollen wir erst später diskutieren.

## **Mitgliederstand**

Leider ist unser Mitgliederstand geschrumpft. Wir haben noch 226 Mitglieder. Das liegt vor allem daran, dass eine Reihe langjähriger Mitglieder verstorben und einige weggezogen sind. Das Problem liegt auch darin, dass sich die Bürger immer weniger engagieren wollen und lieber abwarten, was andere tun nach dem Motto, „der BS wird's schon richten“. Das Schicksal teilen wir mit anderen Vereinen. Ich kann hier nur aufrufen, dass Sie nochmals in sich gehen, wo Sie neue Mitglieder in ihrem Bekannten- und Freundeskreis werben können. Denn in der Demokratie ist die Anzahl der Mitglieder ein entscheidender Faktor.

## **Neue Spendenverteilung**

Wir hatten bekanntlich zur Restaurierung und Verbesserung der Naturbühne 2009 einen Betrag von 10.000 € gespendet. Nachdem dieses Projekt von der Stadt nicht realisiert wurde, haben wir die Spenden zurückgefordert und neu verteilt. Einzelheiten wird Frau Ruf im Kassenbericht nennen

## **Grabentrasse**

Der Bürgersinn hat sich mehrfach entschieden gegen dieses Projekt ausgesprochen. Die Grabentrasse hätte einen wesentlichen Teil der Stadtbefestigung zerstört, für deren Erhalt wir uns in vielen Aktionen eingesetzt haben. Im August 2014 hat der Gemeinderat die Planungen hierzu endgültig und auch für die Zukunft eingestellt.

## **Die Kellerwerft**

Es handelt sich hier um ein kulturhistorisches Gebäude, das direkt im Seebereich liegt. Da das Gebäude sanierungsbedürftig ist, hat der Gemeinderat 2007 beschlossen, das Areal öffentlich auszuschreiben. Es sollte für eine neue Nutzung zur Verfügung gestellt werden, wobei nur eine Wohnbebauung ausgeschlossen wurde. Ansonsten gab es keine Vorschriften z.B. über die Größe eines neuen Gebäudes. Und offen blieb, ob der Strandweg erhalten bleiben würde. Ein Artikel im Südkurier mit der Schlagzeile „See-Filetgrundstück macht Investoren Appetit“ hat uns zusätzlich aufgeschreckt. Dies hat am 10.01.2008 zu einem Protestschreiben an die Stadt geführt. Jetzt sieben Jahre später hat der Förderverein Yachtsport Überlingen das Gebäude gepachtet. Entstehen soll eine Werkstatt, ein öffentliches Vereinsheim, öffentliche Toiletten und eine Taucherstation. Der Uferweg bleibt unberührt. Stadt und Gemeinderat haben dem Projekt zugestimmt. Die Lösung entspricht auch den Vorstellungen des BS.

## **Erdgasbohrungen im Bodenseegebiet**

Bekanntlich wird bei der Frackingmethode unter hohem Druck und Einsatz von Wasser, Sand und Chemikalien das Gestein aufgebrochen, damit das Gas durch feine Risse großflächig entweichen kann. Das kann zu vergiftetem Trinkwasser und auch zu Erdbewegungen, die z. B. Risse an Häuser verursachen, führen, analog der Stadtbedrohung Staufen.

Der BS hat als erster Verein im Bodenseegebiet schon im Januar 2012 in einer öffentlichen Versammlung leidenschaftlich vor Fracking in unserem Raum gewarnt. Er hat sich auch am Aktionstag Bodensee gegen Fracking im Okt. 2014 beteiligt

und einen Kostenbeitrag geleistet. Inzwischen hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf beschlossen. Dieser sieht zwar ein Verbot für sensible Gebiete vor, sowie für eine willkürlich getroffene Bohrtiefe oberhalb 3000 Metern, aber außerhalb dieser Einschränkungen ist ab 2019 eine kommerzielle Nutzung möglich. Damit wäre Fracking in weiten Teilen von Deutschland erlaubt.

Hier am Bodensee wird es wohl Fracking frei bleiben. Aber was ist mit den Zuflüssen, die unseren See doch gefährden? Dabei leistet Fracking keinen nennenswerten Beitrag für unsere Energie-Versorgung oder unsere Unabhängigkeit. Das hat selbst die Umweltministerin in ihrer Pressekonferenz eingeräumt. Es wird aber unsere Umwelt und uns Menschen Schaden zufügen. Der Gesetzesvorschlag kann so nicht akzeptiert werden. .

Viele Abgeordnete aus allen vier Parteien wollen dem Gesetzentwurf nicht zustimmen. Hoffentlich bleiben sie standhaft und werden nicht in Fraktionszwang genommen. Wir sollten alle unsere Abgeordneten Lothar Riebsamen und Annette Groth schriftlich auffordern, die Gesetzesvorlage in dieser Form abzulehnen.

Im Zeitalter der Freihandelsabkommen CETA und TTIP müssen wir Fracking vom Tisch haben, bevor internationale Konzerne mittels dieser Verträge und nicht demokratisch legitimierter Schiedsgerichte diese Methode unserem Land aufzwingen

### **Bedenken gegen das Freihandelsabkommen**

Sie haben alle schon von den Handels- und Investitionsabkommen TTIP, CETA und TISA gehört. Das sind Abkommen zwischen der europ. Union und den USA bzw. mit Kanada. An sich sind Freihandelsabkommen begrüßenswert. Hier gibt es jedoch Bedingungen, die völlig unakzeptabel sind. So können die Abkommen Umwelt- und Gesundheitsstandards untergraben und Arbeitnehmerrechte aufweichen. Es wird befürchtet, dass schon heute bestehende Abkommen wie Kennzeichnungspflicht genetisch veränderter Lebensmittel, oder das Verbot von Hormonen bei Fleisch unterlaufen werden. Ja, man sieht sogar die Gefahr, dass Entschädigungen für ein etwaiges Frackingverbot oder wegen des Atomausstieges kommen könnten. Das ist dadurch möglich, weil vorgesehen ist, dass Konzerne, Staaten vor privaten Schiedsgerichten verklagen können, wenn sie ihre Investitionen und Gewinne beeinträchtigt sehen. Die Verhandlungen finden unter strengster Geheimhaltung statt ohne Kontrolle nationaler oder des EU-Parlamentes. Einmal abgeschlossene sind nicht mehr kündbar.

Kurz: diese Abkommen drohen Demokratie und Rechtsstaat, Umwelt- und Verbraucherschutz zugunsten von Wirtschaftsinteressen vor allem großer Konzerne auszuhebeln. Bei TTIP stimmt demnächst das Europäische Parlament über eine Resolution ab. Hier besteht die Chance, die Verhandlungen der EU-Kommission mit den USA zu beeinflussen. Eine Europäische Bürgerinitiative hat bereits über 1,6 Mio. Unterschriften gegen die erwähnten Bedingungen gesammelt. Warum beschäftigt sich denn der kommunalpolitisch orientierte BS mit diesem Thema?

Weil sich die Abkommen bis in die Gemeindefarbeit auswirken können. Deshalb hat der BS in einem Brief an die Stadtverwaltung und alle Gemeinderäte empfohlen,

dass Überlingen eine Resolution gegen die fraglichen Bedingungen fasst. Dies stand schon auf der Tagesordnung der Gemeinderatssitzung vom 15.04., wurde dann aber auf die nächste Sitzung verschoben. Vorgesehen sind Änderungen, welche diese Initiative verwässern. Man hat den Eindruck, dass manche Beteiligte die Brisanz noch immer nicht begriffen haben.

Liebe Freunde, in den vergangenen 15 Jahren hat sich der Bürgersinn für eine frei gehaltene Uferzone eingesetzt und sich vor allem deshalb gegen den Standort der Therme ausgesprochen. Die Mehrheit der Wähler ist uns im Bürgerentscheid hierbei gefolgt. Nur das damals noch geltende Quorum hat es doch möglich gemacht. Seither ist die Uferbebauung immer weiter fortgeschritten. Der BS hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Ostbad den Überlingern voll erhalten bleibt und dort kein Fahrradhotel gebaut wird. Er hat sich dafür eingesetzt, dass der Mantelkopf als seeseitige Befestigungsanlage und Ruhezone erhalten bleibt und dort kein Café entstehen wird mit Ausdehnung in den See. Er hat sich

In vielen Aktionen für den Erhalt des Naturdenkmals Überlinger Stadtbefestigungen verwandt.

sich für ein unverbautes Grafsches Gelände eingesetzt, als man dort ein Viersternehotel ansiedeln wollte

- die Landesgartenschau abgelehnt mit all ihren Belastungen, durch Besucherströme, finanziellen Ausgaben und Verkehrschaos, aber wir haben dafür einen Plan B erarbeitet, der mit einfacher Gestaltung das Grafsche Gelände als Bürgerpark dennoch ermöglicht hätte, bei weit geringerem finanziellem Aufwand und weit weniger negativer Begleiterscheinungen
- 2010 zusammen mit K+ T einen neuen Stadtführer herausgebracht.
- Für die Unversehrtheit des Bodensees ohne Erdgas-Gewinnung gestritten und für die Beibehaltung der Beschlusskompetenz des Gemeinderates ohne die Beschränkungen der Freihandelsabkommen
- für die verschiedensten kulturellen und gemeinnützigen Zwecke insgesamt 53.000 €
- gespendet.

Und trotz dieser positiven Erfolgsbilanz wird der BS immer noch als „Neinsagerverein“ diffamiert. Aber wir gehen unbeirrt unseren Weg weiter nach dem Wort „die Hunde bellen, aber die Karawane zieht vorüber“!